

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 18a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark,
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **525000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Der Rehraus.

Man kann sich mühelos eine schönere und angerechtere Lage vorstellen als die der deutschen Reichsregierung bei der jetzigen Wiedereröffnung des Reichstages. Aus Furcht vor den Neuwahlen, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer denkwürdigen Abrechnung mit dem schwarzblauen Steuerblock und der ihm mit Haut und Haaren verschriebenen Regierung gestalten werden, hat der Reichskanzler die Neuwahlen auf den letzten überhaupt noch möglichen Termin hinausgeschoben; er hoffte seine und seiner Getreuen Ansichten inzwischen noch etwas verbessern zu können. Fraglich will uns aber erscheinen, ob er nicht inzwischen manchmal schon diese Verschiebung auf das tiefste bedauert hat. Denn wie sich jetzt die politischen Dinge im Inlande wie im Auslande gestalten haben, wie die Stimmung der breiten Massen des Volkes geworden ist, kann man eher mit einer Verschärfung als mit einer Abschwächung des bevorstehenden politischen Gewitters rechnen.

Nach den Bitternissen der ersten auf die „Finanzreform“ folgenden Monate schien der unklare Politik des Kanzlers die Sonne des Erfolges wieder lächeln zu wollen. Der geschickten Arbeit des Staatssekretärs Delbrück war es gelungen, nicht nur die von allen bürgerlichen Parteien dringend gewünschte Neuordnung des Reichsversicherungswesens, sondern auch die Verabschiedung der Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen durchzusetzen, das eine Werk allerdings nur dank der direkten Unterstützung der Sozialdemokratie, das andere dank der vom Staatssekretär in öffentlicher Sitzung anerkannten „ritterlichen Kampfwiese“ der sozialdemokratischen Fraktion. Beides ist, wie in diesen Blättern schon früher ausführlich dargelegt wurde, nicht der schönen Augen der Regierung wegen geschehen, sondern aus wohlwollenden und ernstlichen politischen Gründen. Bedeutend ist es, weil es die Stärke der Fraktion zeigt.

Wäre nun noch eine Herbstsession unter normalen politischen Verhältnissen und mit günstigem Abschluß gefolgt, dann hätten sich in der Tat vielleicht die Wahlausichten der mit der Regierung eng verbundenen Parteien wenigstens in politisch rückständigen Gegenden verbessert. Aber nun kam ein Sommer mit ganz abnormer Witterung. In dem Maße, wie das Wasser in Quellen und Strömen versiegte, in dem Maße, wie das Gemüse in den Gärten und die Frucht auf den Bäumen verdorrte, in dem Maße mußten die Preise der durch die letzte Finanzreform ohnehin gefährlich verteuerten Lebensbedürfnisse der großen Massen unseres Volkes weiterhin steigen. Es ist nicht zu viel gesagt, daß heute in vielen Gegenden bereits wirkliche Teuerungspreise herrschen, eine genügende Ernährung des Volkes wenn nicht ausgeschlossen, so doch ernsthaft in Frage gestellt ist. Der Schrei nach Hilfe geht lauter und lauter durch das Land, ohne daß die Reichsregierung bisher auch nur eine einzige Maßregel vorgeschlagen oder durchgeführt hätte, von der man eine wenn auch nur geringe Besserung erwarten könnte. Es scheint, als ob die hohe Bürokratie des Reiches sich weder über den Umfang des Notstandes noch über seine psychologischen Folgen klar geworden wäre. Sollte es anders sein, dann würde ihr Benehmen auf einen solchen Grad von Gemütsrobheit und politischen Unverstand schließen lassen, daß keine Strafe hart genug für sie wäre. Es ist richtig, daß die Teuerung in gewissem Umfange auch in anderen Ländern besteht, hat sie doch in Osterreich bereits zu blutigen Auftritten geführt. Daraus will nun die Reichsregierung den Schluß ableiten können, daß die Öffnung der Grenzen keinen Erfolg verspreche. Indessen ist darauf zu verweisen, daß tatsächlich aus Argentinien und Nordamerika namentlich billiges Fleisch heute eingeführt werden könnte, wenn nicht die hohen Zölle und die angeblich sanitätspolizeilichen Bestimmungen ihm den deutschen Markt verschlossen.

Zu den Schwierigkeiten der inneren Politik, die mit der Teuerung keineswegs erschöpft sind, kommt nun die fatale Lage der auswärtigen Politik. Marokko und Tripolis bedeuten den Bankrott des diplomatischen Betriebes alten Stils. An sich konnte ja ein Einspruch gegen die französische Befehung von Marokko verständlich erscheinen, denn die französische Hochschulpolitik geht in der Abschließung gegen ausländische Konkurrenz noch weiter als die deutsche und es ist kein Grund einzusehen, warum wir das marokkanische Gebiet restlos der französischen Ausbeutung überlassen sollten. Aber die Art, wie der Einspruch erhoben und wie die daran anschließenden Verhandlungen durchgeführt wurden, ist unter aller Kritik. Wochenlang mußte ganz Westeuropa mit der Gefahr eines schweren Krieges rechnen und auch heute noch sind ernste Verwickelungen der Kulturvölker, namentlich seit dem italienischen Einbruch in türkisches Gebiet nicht ganz ausgeschlossen. Tripolis ist die direkte Folge der unverständigen Marokkoaktion. Die Regierung möchte natürlich die Aufmerksamkeit des Volkes von diesen Dingen ablenken und eine Menge Kleinram eiligt im Reichstag erledigt wissen. Davon kann aber gar keine Rede sein. Im Reichstag wird man über die Teuerung und über die auswärtige Politik reden, ohne auf die Wahlwünsche der Regierung Rücksicht zu nehmen. Ob übrigens gerade eine reaktionäre Veränderung des Strafrechtes und des Strafprozesses sowie die Durchdrückung der Schiffsabgaben geeignet waren, die Wahlschancen für unsere Gegner zu verbessern, das lassen wir dahingestellt.

Es ist nicht recht einzusehen, was die Opposition veranlassen sollte, den Wünschen ihrer Gegner auf Erledigung der vielen Vorlagen Rechnung zu tragen. Sie ist stark genug, um bei der Festsetzung des Geschäftsganges ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Alles drängt jetzt zur Entscheidung. Die Vorgänge bei den Neuwahlen, namentlich der Ausgang der Wahl in Düsseldorf beweisen das. Wir würden es daher mit Freuden begrüßen, wenn die Herbstsession des Reichstages möglichst kurz ausfiele, damit wir in die eigentliche Wahltagation eintreten können.

Die Neuwahlen werden für unser Volk von großer politischer Bedeutung sein. Aber gerade in einem solchen Augenblick müssen wir Gewerkschafter uns klar darüber sein, daß der politische Kampf allein nicht genügt, sondern daß ihm die direkte Selbsthilfe des Volkes zur Seite treten muß. Teuerungsnöte, wie wir sie jetzt durchzumachen haben, lehren nachdrücklich, daß Lohnerhöhungen notwendig sind und daß auf der andern Seite der Konsum besser als bisher geregelt werden muß, um die wirtschaftliche Kraft der Minderbemittelten zu stärken. Geht die Arbeiterschaft Deutschlands auf diesen drei Wegen: der politischen Betätigung, des gewerkschaftlichen Kampfes und der Konsumgenossenschaftlichen Organisation entschlossen vorwärts, dann wird ihr der Erfolg ganz gewiß nicht fehlen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zu schön, um ganz wahr zu sein, klingen die Schilderungen über die Lage des Eisenmarktes, die der Kommerzienrat Kloeckner (Duisburg) jüngst in der Generalversammlung des Kaiser Eisen- und Stahlwerkes gab. Man darf heute, meinte er, ohne Bedenken die Ansicht aussprechen, daß die großen Betriebe in den nicht im Stahlwerksverband synthetisierten Produkten Stabeisen, Draht und Blechen überaus reichlich beschäftigt sind. Die starke Beschäftigung rührt eines Teils von den großen Aufträgen her, die die Konstruktionswerkstätten des Eisenwerkes laufend übermitteln, dann aber in der Hauptsache von dem großen Bedarf, der in den fremden Ländern vorhanden ist. Mit großer Genugtuung wurden besonders die weiteren Ausführungen aufgenommen, daß bis jetzt weder die Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich Marokkos noch der Krieg zwischen Italien und der Türkei eine Einbuße gebracht haben, sondern im Gegenteil gerade aus den letzten Tagen eine weitere Belebung im Auslande und ein Anzeichen der Preise festzustellen sei. Die Nachfrage aus dem Auslande speziell nach Stabeisen — wir folgen den Kloecknerschen Mitteilungen — ist so stark, daß die Preise in der ersten Oktoberwoche wieder um 1 M. pro Tonne gestiegen sind und 99 bis 100 M. Antwerpen (frei an Bord) notieren. Dieser Auslandspreis wäre für die bestehenden Werke nunmehr tatsächlich um 1 bis 2 M. höher als der Inlandspreis, was kaum jemals der Fall gewesen ist. Daraus wurde die Unausbleiblichkeit eines Anstehens der Inlandspreise von dem Redner gefolgert, der unter diesen Umständen auch die Erneuerungsverhandlungen des Stahlwerksverbandes, die am 24. Oktober beginnen, als äußerst vorteilhaft betrachtete.

Der Zusammenhang der gegenwärtigen Geschäftslage mit den Erneuerungsverhandlungen des Stahlwerksverbandes wird wohl nicht genug beachtet. Die großen Betriebe erweitern ihre Produktion in Stabeisen, Draht und Blechen, für die die Preisbestimmung in der Hand der einzelnen Mitglieder liegt, die nur bezüglich der hergestellten Mengen an die vereinbarten Beteiligungen gebunden sind, planmäßig, um bei dem neuen Verträge Ansprüche auf erhöhte Produktionsmengen stellen zu können. Naturgemäß muß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Mehrproduktion nach dem Auslande gebracht werden, da sich im Inlande auch nicht annähernd der notwendige Absatz finden läßt. Nun fragt es sich, zu welchen Bedingungen und wie lange die Auslandsmärkte dem immer steigenden Angebot gegenüber aufnahmefähig bleiben.

Wurde bei der letzten Erneuerung des Stahlwerksverbandes um die Erhöhung der Montantante arg gerausht, so wird diesmal ein wilder Kampf darum geführt werden. Seit der letzten Erneuerung des Verbandsvertrages vollzogen sich in der Eisenindustrie kolossale Umwälzungen, Betriebserweiterungen und Neuerrichtungen von Betrieben durch die großen Werke, deren Produktionsmöglichkeiten in einer noch vor wenigen Jahren ungeahnten Weise gewachsen ist. Diese Tatsache hat die Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft gerade in diesen Tagen durch die Ankündigung einer weiteren Kapitalerhöhung um 21 Millionen Mark laut und deutlich zum Ausdruck gebracht. Anfang des Jahres 1909 schritt Gelsenkirchen zu einer Kapitalerhöhung von 26 Millionen Mark und zur Aufnahme einer Anleihe von 20 Millionen Mark, wodurch 60 Millionen Mark flüssiger Mittel beschafft wurden. Verwendung fanden diese Gelder zur Errichtung weiterer Höfen, sowie eines neuen Stahlwerkes auf den vorhandenen Hochofenanlagen in Esch und Deutsch-Oth, ferner waren erhebliche Mittel auch zum Bau einer neuen Hafenanlage in Gelsenkirchen erforderlich. In der Geschichte der deutschen Montanindustrie ist der Umfang und das Tempo der Erweiterung der Gelsenkirchener Bergwerke, die jetzt über ein Grundkapital von 180 Millionen Mark verfügen, ohne Beispiel. Die Kölnische Zeitung konstatierte vor einigen Monaten, daß die gigantische Ausdehnung der Gelsenkirchener Bergwerke bei den anderen Mitgliedern des Stahlwerksverbandes Bestürzung und panischen Schrecken hervorgerufen habe, da es noch nie dagewesen sei, daß ein großes Werk mit einer zunächst beabsichtigten Mindesterzeugung von 360 000

Tonnen Stahlerzeugnissen sozusagen von einem Tage zum andern geschaffen wird. Zweifellos sind durch das Vorgehen von Gelsenkirchen die Ausdehnungsbestrebungen der anderen deutschen Eisenwerke förmlich aufgepeitscht worden, zahlreiche Erweiterungsbauten wären in absehbarer Zeit nie unternommen worden. Nun ist gewiß, daß die einmal vollzogenen Betriebserweiterungen entsprechend erhöhte Produktionsbeteiligungen nach sich ziehen müssen, aber im Rahmen des jetzigen Stahlwerksverbandes ist die Erfüllung dieser Mehransprüche unmöglich.

Auch gegen die Kloecknersche Darstellung, daß weder die Marokkoaffäre noch der Streit um Tripolis der deutschen Industrie eine Einbuße des Geschäftes gebracht haben, werden Einwände erhoben. Die weiterarbeitende Eisenindustrie hat nach Situationsberichten der Rheinisch-Westfälischen Zeitung über Beeinträchtigungen durch politische Unsicherheit zu klagen. Wird die allgemeine Lage auch nicht als ungünstig bezeichnet, so soll doch die erhebliche Besserung des Geschäftsganges, die um die letzte Jahreszeit einzutreten pflegt, diesmal fast gänzlich ausgeblieben sein. War ein nachteiliger Einfluß der Marokkoaffäre auf die Industrie auch nur vereinzelt wahrzunehmen, so muß doch angenommen werden, daß sie vielfach zur Vorkost beim Abschluß umfangreicher Geschäfte gezwungen hat. „Sehr viel fühlbarer“ wird dem Blatt besonders aus der Rheinisch-Westfälischen Kleinereisenindustrie berichtet, „sind die Wellenschläge der kriegerischen Aktion um Tripolis bis in unsere Industrie hineingebrungen und manche Aussicht auf eine Besserung des Geschäftsganges ist dadurch vernichtet worden. Die Verbindungen mit Italien und der Türkei sind zu dem Teil wie abgeschnitten. Viele Aufträge wurden dort zurückgezogen, und mit neuen Bestellungen hält man vorläufig zurück. Diese starke Beunruhigung der Geschäftswelt trifft in erster Linie diejenigen Exporteure, für welche die Beziehungen zu den von den Kriegsvölkern betroffenen Ländern die Hauptstütze ihrer Existenz bilden. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes ist geringer geworden. Als ein Merkmal der Unruhe im Wirtschaftsleben dürfen auch die Zahlungsschwierigkeiten gelten, die einen ungewöhnlichen Umfang angenommen haben. Besonders von Rußland, dessen Aufträge noch zahlreich einlaufen, gehen die Gelder schlecht ein. Wechselproteste sind dort in letzter Zeit an der Tagesordnung. Die Klagen darüber, daß die Geschäfte immer weniger gewinnbringend werden, haben sich eher vermehrt als vermindert. Die Ursache ist nach wie vor der ungeunde Wettbewerb durch Preisunterbietungen.“

Trotz der Reizung der Banken und der großen Montantante, der Wertsentwertung nach Kräfte Anregungen zu geben, haben verschiedene Gesellschaften sich doch nicht entschlossen, aus ihren erheblich gesteigerten Gewinnergebnissen im Jahre 1910/11 erhöhte Dividenden zu verteilen. Sie verfolgen dabei das Ziel, starke Reserven anzuhäufen, um gegen etwaige Erschütterungen gesichert zu sein. Diese Politik verfolgt auch die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft bei ihrem diesjährigen Abschluß, der die Verteilung einer Dividende von 11 Prozent wie im Vorjahre vorsieht. Das Jahr 1910/11 ist das erste, in dem die Ergebnisse der Deutsch-Lugemburg-Gesellschaft und der Dortmunder Union nach der Fusion zusammengeführt werden. Ein Vergleich der Ertragsnisse der beiden Unternehmungen im Vorjahre mit dem Gesamtergebnis dieses Jahres ergibt folgendes Bild:

	Deutsch-Lugemburg 1909/10	Union 1909/10	Zusammen 1909/10	Deutsch-Lugemburg 1910/11
Rohgewinn	11815010	5372258	17187268	19955797
Abschreibungen	5440749	3180674	8621423	9000000
Reingewinn	6374267	2191584	8565851	10955797

Von den schlesischen Montanunternehmungen hat auch die Laurahütte bei der Günstigkeit der Verhältnisse im verfloßenen Jahre nicht beträchtlich besser abgefahren, der Rohgewinn stieg gegen das Vorjahr um 1,4 Millionen Mark, nach Abschreibungen von 4,73 Millionen Mark gegen 3,64 Millionen Mark wird ein Reingewinn von 2,01 Millionen gegen 1,69 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen. Die Dividende gelangt, wie in den beiden Vorjahren, mit 4 Prozent zur Verteilung. Der Wert der am Schluß des Berichtsjahres vorliegenden Aufträge beträgt 14,57 Millionen gegen 11,84 Millionen Mark im Vorjahre. — Dividendenlos bleibt für das Jahr 1910/11 die oberstelektische Bismarckhütte, die im Vorjahre noch eine Dividende von 7 Prozent verteilte. Der Bruttogewinn beträgt 1,97 gegen 2,77 Millionen Mark im Vorjahre, zu Abschreibungen werden 1,60 gegen 1,50 Millionen Mark im Vorjahre veranlaßt, auf neue Rechnung werden 313 000 M. vorgezogen. Das ungünstige Resultat ist nach der Erklärung der Verwaltung auf die Verhältnisse auf dem Kohren- und Stabeisenmarkt, sowie auf die Neueinrichtungen auf den Werken der Gesellschaft, welche teilweise mit Verzögerungen fertiggestellt wurden, teilweise auch nicht sofort anstandslos arbeiten, zurückzuführen. Insbesondere ist jedoch bekannt, daß ein wesentlicher Grund der starken Gewinnrückgänge durch den überaus teuren Erwerb der veralteten Betriebsanlagen der Böhlen-Falbhütte erfolgte, die Gesellschaft erhöhte zum Ankauf dieses Werkes im Jahre 1906 ihr Kapital um 4 Millionen und 1909 um weitere 6 Millionen Mark auf 16 Millionen Mark.

Einen hervorragend günstigen Abschluß veröffentlicht die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Nach den bis her vorliegenden Angaben stehen für 1910/11 nach Abzug von Unkosten, Steuern, Obligationen und Abschreibungen 23 140 729 M. (im Vorjahre 18 425 225 M.) und zwar wieder ausschließlich aus dem Fabrikations- und Warenverkaufsgeschäft zur Verfügung. Der

auf den 2. November einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent...

Nachdem es die letzte Kapitalerhöhung im Jahre 1907 um 1,8 Mill. Mark zwecks Aufnahme des Stamburger Fabrik- und Maschinenvereins...

Eine Dividende von wieder 20 Prozent bringt die Metallwaren, Glocken- und Fahrradarmaturen-Fabrik...

Während die großen gemischten Werke zum Gegenstand ihrer Funktionen bisher meist Zechen, Hütten und weiterverarbeitenden...

Technische Rundschau.

(Eine Patente auf dem Gebiet der metallischen Stahlverarbeitung.)

Bei der Ausführung von Hochleistungen an beschleunigten Stangenrollleitungen wird die Verbindung des Zugsorgans mit dem Stangenkopf...

Altkapital um 3,20 Millionen Mark auf 20 Millionen Mark, nachdem es die letzte Kapitalerhöhung im Jahre 1907 um 1,8 Mill. Mark...

Optimismus und Pessimismus.

Ein Beitrag zur Psychologie der Massen.

I.

Jedesmal, wenn das auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Proletariat irgend einen bedeutungsvollen Erfolg erzielt hat, schlagen Millionen Arbeiterherzen höher...

Wenn in blühender Maienlust höher die Herzen schlagen, Schwallen begehrt die junge Brust, Kühn zu wagen, zu wagen...

Kindbegeisterung, Rindermut, Niemand möge sie scheitern, Wenn sie nimmer entzündet das Blut, Soll uns als Mann nicht gelten...

Wenn ein größerer Streik erfolglos verlaufen ist oder wenn die Unternehmer irgend einen Vorstoß der Arbeiter zurückgeschlagen haben, erscheinen die Pessimisten, die Schwärzler, auf der Bühne...

Aber nicht nur die große Masse der Arbeiter schwankt zwischen Hoffnungsfreudigkeit und Hoffnungslosigkeit, zwischen Optimismus und Pessimismus, sondern auch die geistigen Führer...

Folgerichtig der ganz überragenden Ausbeutung der gewerkschaftlichen Organisationen gelang es den Arbeitern, den Unternehmern bedeutende Erfolge abzugewinnen...

Der sie bis zu einem Aufschlag hinstern lassen. In dieser Stellung werden sie von Dammern erfaßt und auf eine um eine Achse...

Die bekannten jahrbuchartigen Schneidwerkzeuge für Schrauben- und Bolzenarbeiten bestehen aus einem in Längsrichtung mit durchgehender Formgebungsgewandigkeit oder geradlinig verlaufenden...

Ein neues Verfahren zur Herstellung von Feilen (Zf. 104, S. 200 in Zs. f. Werkzeugm.) besteht in folgendem: Es werden die Feilenrohlinge nicht in der bisherigen Weise...

Resultate der gewerkschaftlichen Agitations- und Organisationsarbeit belehrten auch alle die, die einstmals von der Gewerkschaftsbewegung nicht viel wissen wollten. Die gewerkschaftliche Form des proletarischen Kampfes gewann überall Ansehen...

Das war die Zeit, als die Verleumdungstheorie einen argen Stoß bekam. Man wagte es nicht mehr, über den Sumpf der Gewerkschaftsbewegung zu spotten, der den Kampfesmut der Arbeiter erstikte...

Diese Hebung der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher Beziehung brachte auch eine soziale, geistige und moralische Hebung mit sich; das Proletariat gewann ein größeres gesellschaftliches Ansehen...

Offenbar enthalten diese Sätze eine Abfrage an das frühere Gedankenmaterial des politischen Radikalismus, denn die wunderbare Revolutionäromantik wird ersetzt durch die evolutionäre Methode der Entwicklung.

Die soziale Lage der Mannheimer Fabrikarbeiter.

II.

Wie wir im ersten Artikel eine Verschiebung der Angehörigen der einzelnen Lohnklassen zugunsten der Arbeiter in der Metall- und Maschinenindustrie konstatierten, so macht Fabrikinspektor Dr. Köhlich die gleiche Feststellung für die gesamten 11 938 Arbeiter...

Zusammenfassung hineingearbeitet, nämlich in eine Rohfelle, die aus einer Schicht harten Stahles und einer Schicht weichen Stahles gebildet ist, die beiden Schichten aufeinander gepreßt sind...

Es sind Fallhämmer bekannt, bei denen der Bär am Ende eines Riemens befestigt ist, der über eine oberhalb des Sammers angeordnete, ununterbrochen sich drehende Riemenscheibe geht, wobei das Drehen des Bares dadurch erfolgt, daß man den Riemen durch eine lose geländrige Rolle gegen die sich drehende Scheibe drückt...

weniger als 15 M., 19 Prozent zwischen 15 und 24 M. und 53 Prozent der Arbeiter mehr als 24 M. in der Woche.

Table with 5 columns: Branchen, Zahl der Arbeiter bei einem Wochenverdienst von, Summe der Arbeiter. Rows include various professions like Schlosser, Schmiedeu, Spengler, etc.

Von den vier Lohnklassen hat die niedrigste den größten Anteil an den 456 Arbeitern und jede folgende Lohnklasse zählt weniger Angehörige, bis auf die letzte nur noch 86 entfallen.

Ein Blick in die Lohnabstufungen zeigt, daß die Unterstufe bis 15 M. vorwiegend von den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern beherrscht wird und daß nur verhältnismäßig selten Arbeiterinnen zu einem Wochenverdienst von mehr als 13 M. gelangen.

Und dabei ist auch die Arbeitszeit kürzer geworden, so in der Metall- und Maschinenindustrie von 10 auf 9 1/2 Stunden zurückgegangen.

Und nun zu den 26 Haushaltsrechnungen, von denen 9 auf Arbeiter in der Metall- und Maschinenindustrie entfallen.

Die neun Metallarbeiterfamilien zeigen folgende Verhältnisse: Ein Blick in die Lohnabstufungen zeigt, daß die Unterstufe bis 15 M. vorwiegend von den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern beherrscht wird...

Table with 7 columns: Branchen, Familienmitglieder, Gesamtverdienst in M., Lebensmittelausgabe in M., Wohnung, Ausgabe für Bekleidung u. Putzmittel, Ausgaben für Vergnügungen. Rows include Eisenbahner, Schlosser, etc.

heit der Hammerfeuerwerk ist damit so bedeutend erhöht, daß hierfür in den meisten Fällen kein besonderer Arbeiter mehr notwendig ist.

Die bislang gebräuchlichste Zuführung von entnommenen oder durch das Schmelzfeuer selbst erzeugten Wasserdämpfen zur Schmelzluft bei Schmelzfeuerungen zum Zweck der Erzielung höherer Verbrennungstemperaturen geschieht in der Weise, daß Schmelzluft den Wasserdampf mit fortzieht.

Gegenstand einer anderen Erfindung ist ein neues Verfahren zur Herstellung von abnehmbaren, längs geteilten Radfelgen.

Patentiert wurde ferner eine Transportvorrichtung für Maschinen zum Ausfräsen von Kettengliedern.

Einnahmen und Ausgaben weisen eine große Verschiedenheit auf. Erstere schwanken zwischen 1148 M. und 2699 M., wobei aber schon aus der Kopfszahl der Familien hervorgeht, daß in der Familie mit dem größeren Einkommen mehrere Personen verdienen.

Der für Mietwohnungen, ausschließlich der Fabrikwohnungen (Eisenbahner), aufzubringende Betrag schwankt zwischen 8 und 21 Prozent der Gesamtverdienste und beträgt im Mittel sämtlicher Familien 11,5 Prozent.

Die von den Gegnern so viel fruchtigste „Besetzung“ der Arbeiter mit Beträgen an die Organisationen erscheint mit 2,6 Prozent bis 4 Prozent, in letzterem Falle mit 54 M., mächtig.

Von vier Familien werden mehrere Beschreibungen gegeben und da darunter auch zwei solche von Arbeitern in der Maschinenindustrie sind, werden wir darauf noch zurückkommen.

Die Reform des Hilfskassenwesens.

R. F. Zugleich mit der Einbringung der nunmehr beschlossenen und zum Teil schon in Kraft getretenen Reichsversicherungsordnung legte die Regierung dem Reichstag den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes von 1876 und 1884 vor.

Die jetzige Vorlage ist die dritte ihrer Art; schon 1905 und 1907 waren ähnliche Vorlagen da, die aber nicht zur Beratung kamen.

Mit dieser Namensänderung kam schon zum Ausdruck, daß es mit den Hilfskassen zu Ende gehen soll, und der jetzige Entwurf ist denn auch nur sehr kurz.

Die Arbeitervereine sind in der Sache der Aufhebung der Hilfskassen einverstanden, wobei aber nicht zu verkennen ist, daß es sich nur um die formelle Aufhebung und um die Vertretung auf die Gesetze und Paragraphen handelt, die nunmehr an die Stelle der vernichteten treten sollen.

Die Verwendung von Diamantwerkzeugen findet bei der Bearbeitung harter Materialien in ausgedehntem Maße statt.

Der Gedanke liegt daher nahe, das Fassungsmaterial im flüssigen Zustande mit diesen Diamantpulvern oder Körnern zu mischen, und dann den so hergestellten Diamantmetall in geeigneter Form erkalten zu lassen.

Patentiert wurde ferner eine Transportvorrichtung für Maschinen zum Ausfräsen von Kettengliedern.

Patentiert wurde ferner eine Transportvorrichtung für Maschinen zum Ausfräsen von Kettengliedern.

der die Regelung des Verhältnisses mit der Invaliden- und Unfallversicherung vornimmt, folgt als wichtigstes der § 4, der folgenden Wortlaut hat:

„Versicherungsvereine, deren Leistungen in den Grenzen des § 532 der Reichsversicherungsordnung bleiben, sind als kleinere Vereine (§ 53 des Privatversicherungs-Gesetzes) anzuerkennen.“

„Der Verein darf seinen Mitgliedern und ihren Angehörigen ohne Beschränkung der Dauer und Höhe alle Leistungen gewähren, die § 93 ihrer Art nach bei den Krankenkassen zuläßt.“

„Versicherungsunternehmungen (kleine Vereine), die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes, so lautet § 7 des Entwurfs, „auf Grund des Gesetzes über die eingetragenen Hilfskassen oder...“

„Danach ist es mit den Hilfskassen endgültig vorbei. Mögen sie sich auf Grund des § 528 der Reichsversicherungsordnung als Erlassklassen unter die noch zu erörternden maßlos harten Bedingungen um Zulassung bewerben, oder ohne neue Zulassung als kleinerer Verein (Zusatzklasse nach bisheriger Bezeichnung) weiter existieren, der Name ist stets: Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.“

Die Erlassklassen gemäß § 528 der Reichsversicherungsordnung sind aber noch viel schlimmer daran: ihnen ist die Fortexistenz überhaupt nicht mehr möglich.

„Gehören Versicherungspflichtige zu dem Personenkreise, für den der Verein nach seiner Satzung errichtet ist, so darf ihnen vorbehaltlich des § 529 Absatz 1 der Beitritt nicht verweigert werden.“

Die Klassen müssen also Beitrittsberechtigte ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse aufnehmen.

„Für Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Erlassklasse sind, ruhen auf ihren Antrag die eigenen Rechte und Pflichten als Mitglieder der Krankenkasse, in die sie gehören; sie haben keinen Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse und sind weder wählbar noch wahlberechtigt.“

Der § 541a trifft dann die arbeiterfeindliche Bestimmung, daß, wenn der Mitgliederkreis einer Erlassklasse überwiegend aus Handlungsgesellen und Lehrlingen, Gesellen und Lehrlingen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitgliedern, Lehrern und Erziehern oder aus Zieglern oder anderen Versicherten besteht, in deren Beruf ein häufiger Wechsel der Beschäftigung von Ort zu Ort üblich ist, der Bundesrat auf Antrag einer Erlassklasse widerrüchlich anordnen kann, daß die Krankenkasse an die Erlassklasse die bei ihr für deren Mitglieder nach § 541 Absatz 2 eingehenden Beiträge zu vier Fünfteln abzuführen haben.

Die Klassen müssen also Beitrittsberechtigte ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse aufnehmen.

Auf eine Verletzung der Mitgliedschaft in den Erlassklassen läuft auch die Bestimmung über das Meldewesen hinaus.

Die Klassen müssen also Beitrittsberechtigte ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse aufnehmen.

Kämpfe hinter sich, Streiks oder Aussperrungen, wodurch sich die Arbeit angeht hat; sie werden also kaum besondere Hilfe leisten können.

Die „Unterstützungsvereine“, vor denen die Organisation stets gewarnt hat, weil sie nur zur Unterstützung der Unternehmer da sind, rühren sich. Man kennt sie besser als gelbe Vereine, die sich die Unternehmer als Schutztruppe gebildet haben.

Kollege C o h e n wandte sich gegen den Inhalt die's Flugblattes, weil von einer „Machtprobe“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes darin die Rede ist; er zeigte, daß gerade die Unternehmer ihren Machtbündel nicht überwinden konnten, darum die Ablehnung der Paragraphen 15, 16, 17. Material konnten sie spielend leicht bewilligen, was gefordert wurde.

Der Vorsitzende S e l l r i c h erteilte den Streitenden die nötigen Instruktionen und gab eine genaue Uebersicht der beteiligten Kategorien von Arbeitern. Unter anderem erwähnte er, daß in den bestreikten Betrieben vor dem Streik täglich 9400 Zentner Guß hergestellt worden ist, während jetzt kaum 500 Zentner pro Woche fertiggemacht würden.

In einer Betriebsversammlung von V o r s i g, die am 14. Oktober in L e g e l stattfand, wurde zum Streik Stellung genommen. Am Freitag wurde in einer Werkbesprechung bei V o r s i g die Streikfrage erörtert, und Herr v. V o r s i g hielt selbst einen Vortrag darüber.

C o h e n besprach dann noch kurz den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Die Mahnung an die ringreifen Betriebe, keine Streikarbeit zu übernehmen, welche ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Frrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 22. Oktober der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Oktober 1911 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle in Rendsburg 30 % pro Woche bis auf weiteres.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der ? Otto Fuhrmann, geb. am 23. Dezember 1890 zu Groß-Komorski, Lit. A. Buch-Nr. 708342, wegen Streifbruch; der Gürtler Paul Jech, geb. am 23. August 1864 zu Berlin, Lit. A. Buch-Nr. 701533, wegen Streifbruch.

Auf Antrag der Bezirksleitung des 4. Bezirks wird zu der in Nr. 40 veröffentlichten Ausschließung des Schlossers Paul Richter, geb. am 22. Oktober 1881 zu Wollau, Lit. A. Buch-Nr. 396615, noch nachgetragen, daß Richter der Verwaltungsstelle in Roffen angehört.

Für nicht wiederzunehmefähig werden erklärt:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Werkzeugmacher Franz Luchel, geb. am 9. Sept. 1877 zu Kroskau, Buch-Nr. 552204, wegen unkollegialem Verhalten; der Schraubenbohrer Franz Höge, geb. am 3. März 1880 zu Unter-Gemün, Buch-Nr. 652605, wegen Schädigung der Verbandsinteressen;

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dresden: der Schlosser Arthur Häußler, geb. am 30. Juli 1887 zu Cotta, Lit. A. Buch-Nr. 575619, wegen Streifbruch.

Öffentlich gerügt werden:

- Auf Antrag eines Schiedsgerichtes in Berlin: Der Former Willi Ditz, geb. am 3. Juni 1877 zu Berlin, Buch-Nr. 469814, wegen unkollegialem Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz: Der Metallarbeiter Willi Salevsky, geb. am 12. Mai 1880 zu Venusberg, Lit. A. Buch-Nr. 135978, wegen Unterschlagung.

- Gestohlen wurde: Lit. A. Buch-Nr. 686755, lautend auf den Schlosser Ewald Schindler, geb. am 25. Juni 1894 zu Diegnitz. Als Dieb kommt in Betracht der Eisenbohrer Joh. Reimann, geb. am 5. Febr. 1889 zu Jauer, Lit. A. Buch-Nr. 686761. Reimann wird zur Rechtfertigung aufgefordert. (Jauer.)

Anzuhalten und an den Vorstand einzusenden sind:

- Lit. A. Buch-Nr. 328350, lautend auf den Heizungsmonteur Georg Hebert, geb. am 27. März 1873 zu Hannover; Buch-Nr. 31636, lautend auf den Dreher Karl Zeifing, geb. am 21. Juni 1868 zu Halle a. S.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgarter, Rötterstraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötterstraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld verneht ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtarbeitern nach Wismar (Firma Müller) D.; von Elektromonteuren nach Gablonz (St. Elektricitäts) St.; nach Hamburg; nach Rempten (Fa. G. Kessel) M.; nach Köln, St.; von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach Annen (Firma F. Krupp, A.-G.) D.; nach Arnstadt i. Thür. (Firma W. Klinger & Co.) D.; nach Berlin, St.; nach Biebrich (Firma Rheinhütte) D.; nach Chemnitz (Dietrich & Köhler) D.; nach Leuzsch bei Leipzig (Eisengießerei Weder) St.; nach Lünen i. W. (Firma Klum & Benz) K.; nach Pafewalk (Firma Brod, Bohrenfeldt & Co.) W.; nach Pulsnitz i. Sa. (Firma Mattick) St.; nach Schaffhausen (Eisen- und Stahlwerke A.-G.) D.; nach Swinemünde (Firma Lemz) D.; nach Weimar (Dürrenbacher Hütte) St.;

von Werkzeugschloßern nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik S. Barth); nach Gelsenkirchen (Firma Wöcker & Co., Drahtwalzwerk) R.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; A.: Lohn- oder Tarifbewegung; W.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Lohnreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Behängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich selbst zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abstampfen zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Drahtarbeiter.

Berlin. Es ist notwendig, auch einmal an dieser Stelle die Verhältnisse in der Berliner Drahtwarenindustrie zu schildern. Die Berliner Unternehmer suchen öfter in verschiedenen Zeitungen der Provinz Drahtarbeiter jeder Art, mit dem besonderen Hinweis auf „dauernde Beschäftigung und guten Verdienst“. Die Kollegen in der Provinz lassen sich nur zu leicht durch diesen Lockruf betören und nehmen eine Arbeitsstelle in Berlin an. Die Kollegen sehen aber dann bald zu ihrem Schaden ein, daß die „dauernde Beschäftigung“ nur vier bis acht Wochen bedeutet. Dadurch wird es ihnen klar, daß sie nur als sogenannte Kreisreiter und Preisbrüder dienen sollten. Wenn hier von Preisbrüder die Rede ist, so soll damit nicht gesagt sein, daß dieses die Kollegen aus der Provinz mit Absicht tun, sondern es sind ihnen die Berliner Verhältnisse unbekannt.

Elektromonteur.

Köln a. Rh. Nach zehnwöchiger Dauer ist der Streik beendet worden. Er hat nach einem tiefen bürgerlichen Blatte die Wichtigkeit „in erheblichem Umfang ungünstig beeinflusst“. Wenn das Blatt jedoch weiter behauptet, die Zugeständnisse über Mindestlöhne und Verminderung der Arbeitszeit hätten sich auch ohne Zustand erreichen lassen, so beweisen die Tatsachen genau das Gegenteil. Die Unternehmer waren beim Ausbruch des Streiks total ungeschlüssig. Nur von zwei Firmen erschienen Abgesandte mit verschiedenen Mindestlöhnen. Von den fünfzig anderen Geschäften lagen keine Neußerungen vor. Erst am 13. September, nach sechsundzwanzig Tagen Streik, und nachdem das Gewerbegericht einen vergeblichen Einigungsversuch gemacht hatte, hinterlegten die Unternehmer dort als „maßgebend“ die Bestimmungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse der Vereinigung elektrotechnischer Installationsfirmen. Darin wurde zugestanden: die 9 1/2 stündige Arbeitszeit; für selbständige Monteur (genannt Obermonteur) ein Stundenlohn von 65 S. an aufwärts, für Monteur von 50 bis 64 S. und für Hilfsmonteur von 40 bis 49 S.; ferner für Ueberstunden bis 10 Uhr 25 Prozent Zuschlag; für Nacht- und Sonntagsarbeit 33 1/2 Prozent Zuschlag; für Vorarbeitszeit von 4 Kilometer Entfernung viermal täglich Fahrgehalt oder 1 M. für Mittagessen und zweimal Fahrgehalt; für auswärts Auslösung mit Uebernachten 3 M., für Ledige 2,50 M. Ganze Wohnkosten in diesen „Bestimmungen“ sind wörtlich aus unserem eingereichten Tarifentwurf übernommen. Sogar in der Hauptfrage, den Löhnen, war man uns recht nahe gekommen. Es schien fast, als wollte man uns dadurch wegen der Nichtanerkennung der Organisation beschönigen. Eine heillose Angst mußten diese Herren vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verband haben: „Haben wir uns einmal mit dem Verband eingelassen, dann sind wir ihm mit Haut und Haaren ausgeliefert“ — so hat man sich geäußert. Einer wollte lieber sein großes Geschäft zugrunde gehen lassen, bevor er mit dem Verband verhandle. In den größeren Geschäften beträgt der Schaden durch den Streik nach den eigenen Eingeständnissen der Unternehmer ungeheure Summen. Das haben sich die Herren Unternehmer selbst anzuschreiben. Von den nahezu 400 in den Streik Eingetretenen waren bei Schluß des Streiks über 200 anderweit untergebracht, so daß nur etwas mehr als 100 Streikende am Orte verblieben waren. Die bereinigt aufgegebenen Arbeitswilligen waren durchaus umfangreich und so mußte deren Arbeit größtenteils noch einmal gemacht werden. Die Streikposten wurden von den Geschäftsinhabern auf der Straße eingeladen, mit Kommissionen zum Verhandeln zu kommen. Die Herren konnten es nicht einsehen, nachdem man sich in Frankfurt, Berlin und Hannover mit Geschäftscommissionen begnügt hatte, daß es in Köln anders gehen sollte. Nachdem dann in der achten Woche ein weiterer Vermittlungsversuch eines Unparteiischen scheiterte, kamen die Streikenden zu dem Entschluß, für diesmal auf den Abschluß durch die Organisation zu verzichten. Aufgehoben ist nicht aufgehoben. Es wurden in den größeren Geschäften Verhandlungskommissionen vorstellig, denen man durchgängig Entgegenkommen zeigte. Die Stundenlöhne wurden durchschnittlich um 6 bis 10 S. erhöht. Eine Anzahl Leute erreichten mit der Montagelage eine Verbesserung von 15 S. pro Stunde. Ein solcher Erfolg konnte ohne Kampf nicht erzielt werden. Auch die Zuschläge für Ueberarbeit wurden erhöht. Man war froh, die alten Leute wiederzubekommen. Jetzt heißt es, das Ertrugene festhalten durch Ausbaur und Schulung in der Organisation. Vor allen Dingen keine Ueberstunden und keine

